Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 45 | Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246. | Hamburg, den 6. November 1920 | Anzeigen kosten die sechsgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1,50 Mk (Der Betrag ist stets vorher einzusenden.) Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile | 34. Jahrg.

Wesen und Formen des proletarischen Klassenkampfes.

Die Klassengegensätze in der menschlichen Gesellschaft treten besonders in wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher, geistiger und kultureller Beziehung zutage. Sie zeigen sich in bezug auf Wohnung, Nahrung und Kleidung, in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, in bezug auf die ganze Lebenshaltung; überall fallen die Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen Kapitalist und Arbeiter deutlich in die Augen. Daneben beobachten wir auch noch, daß die Unterschichten in der Gesellschaft weniger gelten als die Oberschichten, daß die Arbeiter als minderwertige Menschen betrachtet werden und daß sie weniger Recht haben als die Angehörigen der besitzenden Klassen. Endlich werden die Massen noch in geistiger Rückständigkeit erhalten und von den kulturellen Errungenschaften nach Möglichkeit abgeschlossen. Die proletarischen Schichten waren der Ausbeutung, Unterdrückung, Entrechtung und Zurücksetzung durch die Oberschichten ausgeliefert.

Diese Klassengegensätze erzeugten allmählich in den Massen das dumpfe, instinktive Gefühl der Unbehaglichkeit und Unzufriedenheit, das im Laufe der Zeit zu einem Klassenbewußtsein wurde, das heißt zu der festen Ueberzeugung, einer ausgebeuteten, unterdrückten, entrechteten, in jeder Hinsicht zurückgesetzten Klasse anzugehören. Aus diesem Klassenbewußtsein entsprang der Wille, das Joch der Knechtschaft abzuwerfen, die Freiheit zu erringen und eine klassenlose Gesellschaft einzuführen. Dieser Klassenwille stieß überall auf den heftigsten Widerstand der besitzenden und bevorrechtigten Klassen, und da es jedesmal, wenn zwei Willen aufeinanderstoßen, zu einem Kampfe kommen muß, so ist der Klassenkampf das naturgemäße Ergebnis der Klassengegensätze. Er ist nicht etwas künstlich Erzeugtes, er ist eine harte, bittere Notwendigkeit, der sich eine Klassengesellschaft nicht entziehen kann. Darum finden wir in der Menschheitsgeschichte überall, wo die Klassengegensätze das Klassenbewußtsein erzeugten und den Klassenwillen in Bewegung setzten, auch Klassenkämpfe, und Marx hat recht, wenn er sagt, daß die bisherige Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Der Sozialismus, die sozialistische Gesellschaft, ist das Ziel des proletarischen Klassenkampfes.

Wie jeder andere Kampf, so spielt sich auch der proletarische Klassenkampf in den verschiedensten Formen ab, die sich in ihren Mitteln wesentlich voneinander unterscheiden. Es gibt gewaltsame und geistige, es gibt wirtschaftliche und rechtliche Mittel, weshalb wir von einem Gewaltkampf und einem Rechtskampf, von einem Geisteskampf und einem Kulturkampf, von einem gewerkschaftlichen und einem politischen Kampf sprechen. Alle diese Formen des Klassenkampfes haben ihre Bedeutung und vermögen Erfolg zu bringen; es ist eine verhängnisvolle Einseitigkeit, den Klassenkampf nur in eine einzige Form pressen zu wollen, es kommt vielmehr auf die jeweiligen Umstände an, welche Form gewählt werden muß. Dabei ist nicht zu vergessen, daß jeder Kampf hin und wieder von Ruhepausen und friedlichen Verhandlungen unterbrochen wird. Die Geschichte der Klassenkämpfe zeigt ein durchaus verschiedenes, wechselndes Gesicht, von einer Einheitlichkeit und Umformierung des Klassenkampfes kann nirgends die Rede sein. Auch heute noch wird der proletarische Klassenkampf in den verschiedenen Formen und mit wechselndem Erfolge geführt.

Es gibt Leute, die da meinen, nur die gewaltsame Form sei die einzig richtige und erfolgversprechende, die in jeder andern Form ein Abweichen vom Boden des Klassenkampfes erblicken. Diese irrtümliche Auffassung hat ihre Ursache in der Ueberschätzung der Gewalt als Kampfmittel und Entwicklungshebel und in der mangelnden Kenntnis der Sozialgeschichte. Tatsächlich lehrt uns die Geschichte der sozialen Bewegungen, daß die Gewalt immer nur imstande gewesen ist, Hindernisse der freiheitlichen Entwicklung aus dem Wege zu räumen, daß sie aber noch niemals etwas Positives geleistet hat. Sie hat lediglich Wert als Abwehrmittel und als Mittel, dem Neuen den Durchbruch zu erzwingen und ihm die Bahn freizumachen zur aufbauenden Arbeit. Die Gewalt ist unter Umständen notwendig, um den Widerstand der Vertreter und Nutznießer des alten Systems zu brechen, dann aber muß die positive, neuschaffende Arbeit einsetzen. Außerdem lehrt uns die Sozialgeschichte, daß die proletarischen Gewaltkämpfe ohne Ausnahme ergebnislos verlaufen sind, weil es dem Herrentum stets gelang, die Befreiungsversuche der Proletarier niederzuschlagen. Der Aufstieg des Proletariats beruht auf der wirtschaftlichen, geistigen, sittlichen Macht, auf der organisatorischen Geschlossenheit, auf der Bildung und Erziehung der Massen, auf dem Rechtsbewußtsein, Pflichtbewußtsein und Selbstbewußtsein der geschulten Proletarier. Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, der Geistes- und Rechtskampf, haben den Proletariern dauernde Erfolge gebracht; die auf der zahlenmäßigen Ueberlegenheit beruhende rohe Gewalt hat wohl augenblickliche Erfolge gebracht, aber immer wieder zu Rückschlägen und Niederlagen geführt.

Diese Erkenntnis, die den organisierten, geschulten Proletariern in Fleisch und Blut übergegangen ist und ihre Kampfesweise beeinflußt, fehlt leider den einigen Massen, die erst durch die Revolution in den Klassenkampf hineingezogen worden sind. Sie pochen auf die große Zahl und die Masse der Proletarier, wobei sie vergessen, daß nur die klassenbewußten, denkenden Proletarier Wert haben als Klassenkämpfer, während die andern nur Ballast sind. Sie wollen die alte Gesellschaft gewaltsam in Trümmer schlagen, ohne an den Aufbau der neuen Gesellschaft zu denken; sie sehen einzig das Heil in der Gewalt und in dem Kampfe der Fäuste, während sie die stille Aufklärungs- und Organisationsarbeit verachten. Sie haben keine Ahnung davon, was die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in jahrzehntelangem Kampfe für das Proletariat geleistet haben, und sie wissen nichts davon, daß der „friedliche" Klassenkampf das deutsche Proletariat auf die Höhe gebracht hat, auf der es sich heute befindet. In ihrer Verblendung halten sie sich für die einzig wahren Klassenkämpfer und in ihrer künstlich gesteigerten Ueberhebung blicken sie mit Verachtung auf jene Genossen und Genossinnen herab, die außer der gewaltsamen auch noch andere Kampfesmethoden anwenden. In Wirklichkeit liegt doch die Sache so: Nicht nur der ist ein Klassenkämpfer, der auf die Straße geht und seine Brust dem Gegner entgegenstellt, sondern auch der, der in seiner stillen Stube geistige Waffen für den Klassenkampf schmiedet, der im Parlamente um neue Rechte kämpft, der Lohnbewegungen inszeniert und am Verhandlungstische mit den Unternehmern sitzt, kurz jeder ist Klassenkämpfer, der an seiner Stelle für das Proletariat Vorteile herausholt. Und es kommt noch sehr darauf an, wer von ihnen der tüchtigste Klassenkämpfer ist.

Es ist eine wichtige Aufgabe, Klarheit zu schaffen über das Wesen und die Formen des Klassenkampfes, damit die irregeleiteten Massen von ihren Illusionen zurückkommen, damit sie erkennen, daß es eine verhängnisvolle Einseitigkeit und ein verdammungswürdiger Dünkel ist, allen jenen Genossen den Titel Klassenkämpfer abzusprechen, die aus der Geschichte gelernt haben, daß es auch noch andere Mittel gibt als den Gewaltkampf. Es nützt nun einmal nichts, fortwährend das Wort „revolutionärer Klassenkampf" im Munde zu führen und auf eine Gelegenheit zu warten, um den Mut und die Kraft der Fäuste betätigen zu können; die Zukunft wird es lehren, daß es der sogenannte friedliche Klassenkampf ist, der den Sieg des sozialistischen Gedankens verbürgt. Wollen wir dem Proletariat dauernde Erfolge sichern, so müssen wir mit dem Glauben an die Gewalt als Allheilmittel brechen, wir müssen uns wieder besinnen auf die Arbeit, die wir seit Jahrzehnten betrieben haben zum Heile des deutschen Proletariats.

Der Malerverband in Dänemark 1919.

Das Jahr 1919 wurde in vielen Beziehungen ein treuer Nachfolger des vorigen: Große Arbeitslosigkeit und fortgesetzte Preissteigerungen wechselten miteinander ab, ganz wie es 1918 der Fall war. Eine Täuschung für die, die gehofft hatten, daß das Aufhören des Weltkrieges schnell eine Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse bewirken würde, jedenfalls aber mindestens eine Stockung der schrecklichen Preissteigerungen.

In unserm Berufe war die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1919 höher als jemals, im Sommerhalbjahr ein wenig geringer als im Jahre vorher. Im ganzen genommen trat die Arbeitslosigkeit jedoch in ganz unheimlichem Umfange in Erscheinung. Für nicht weniger als etwa 585 000 Tage wurde Unterstützung gezahlt, das heißt 1600 Mitglieder (natürlich und glücklicherweise nicht dieselben) hatten im Berichtsjahr keinen einzigen Tag Arbeit.

Wie seither, hat der Staat infolge dieser durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse einen wesentlichen Teil der verabfolgten Unterstützungen leisten müssen, nämlich etwas mehr als 2 Millionen Kronen, während unsere Kasse statutenmäßig 582 000 Kr. entrichtete. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, haben unsere Mitglieder einen Extrabeitrag von 21 Kr. zum Normalbeitrag, insgesamt 68 Kr. allein zur Arbeitslosigkeitskasse bezahlen müssen. Mit dem Ende des Jahres 1919 ist nun diese besondere Unterstützung des Staates weggefallen und von einer bedeutend geringeren abgelöst worden, die noch dazu nur vorläufig gezahlt wird als Uebergangsbestimmung für die ersten 3 Monate des Jahres 1920. Dann wird nichts Extraordinäres mehr gegeben. Die Verhältnisse sollen wieder als normal betrachtet werden; möchten sie aber auch nun tatsächlich wieder normal werden.

Unsere Organisation hat wieder einen Fortschritt aufzuweisen; denn die Zahl unserer Abteilungen ist um 8 vermehrt worden, ebenso ist auch die Mitgliederzahl gestiegen. Werden die gezahlten Beiträge als Grundlage der Mitgliederzahl betrachtet, so ergibt sich eine durchschnittliche Zahl von 6000 Mitgliedern.

Durch Verhandlung mit den Arbeitgebern über unsere Lohnvereinbarungen, die für den 1. März 1919 gekündigt waren, wurde man darüber einig, sie bis zum 1. März 1920 mit einigen Aenderungen zu verlängern. Die angenommenen Aenderungen betrafen hauptsächlich eine Erhöhung der Stundenlöhne und der Akkordpreislisten. Leider zeigte sich bald, daß die Preise für Lebensmittel ununterbrochen höher stiegen; dadurch wurde es notwendig, in der Mitte der Tarifperiode neue Verhandlungen einzuleiten, um eine weitere Lohnzulage zu erhalten. Die Arbeitgeber zeigten so viel Verständnis, daß sie trotz der bestehenden Uebereinkunft auf Erhöhung der geltenden Lohnsätze eingingen. Alles in allem sind aber unsere Preislisten nur um 88 bis 130 % seit 1914 erhöht worden; sie haben also keinen vollen Ausgleich der Teuerung gegenüber gebracht. Wenn daher die Arbeitgeber öfters erzählen, daß die Arbeiter volle Deckung für die Preissteigerung seit der Zeit vor dem Kriege bekommen haben, so gilt dies hier jedenfalls nicht für unser Fach.

Während der Verhandlungen, die im Frühjahr 1919 zwischen den Hauptorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter geführt wurden, glückte es, eine generelle Abmachung zu erreichen, nach der die achtstündige Arbeitszeit für alle Berufe baldigst eingeführt werden sollte, spätestens am 1. Januar 1920. Ueber den bestimmten Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Reform konnte noch in jedem einzelnen Fach verhandelt werden. Somit verhandelten wir gleich mit der Organisation der Malermeister und einigten uns darüber, daß der achtstündige Arbeitstag im Malergewerbe am 31. Mai 1919 in Kraft treten sollte. Abgesehen von ganz einzelnen Berufen, die schon den achtstündigen Arbeitstag hatten, wurden die Maler das erste Gewerbe, das diese Reform hier durchführte.

Infolge der sehr großen Ansprüche, die im Jahre 1919 an die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Organisation

gemacht worden sind, ist es leicht verständlich, daß diese, wenigstens betreffs der Arbeitslosenkasse, eine Abnahme zeigt. Demgegenüber konnte der verhältnismäßig kleine Beitrag an die Verbandskasse dieser keinen großen Zuwachs bringen.

Die Gesamteinnahme der beiden Kassen war im Laufe des Jahres 2 585 534,28 Kr. Hiervon war der Mitgliederbeitrag 435 518,70 Kr. Von dieser Summe wurden nicht weniger als 377 000 Kr. an die Arbeitslosenkasse abgegeben, wie auch die übrige Einnahme für Arbeitslosenunterstützung verwendet wurde. Anderseits aber hat ja die Arbeitslosenkasse auch ihren verhältnismäßigen Anteil an den Ausgaben. Wenn somit die Gesamtausgabe sich auf 2 651 696,77 Kr. beläuft, so sind 2 554 000 Kr. als Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden. Von den Ausgaben des Verbandes bemerken wir, wie früher, daß als Begräbnisbeihilfe bei Todesfällen der Mitglieder und ihrer Gattinnen 2500 Kr. ausgezahlt worden sind und daß die Ausgaben für das Fachblatt, das monatlich in 6400 Exemplaren erscheint, 3180 Kr. betragen haben.

Am Ende des Jahres betrug der Kassenbestand insgesamt 300 833,56 Kr., während das Vermögen der Abteilungen auf rund 40 000 Kr. angegeben werden kann.

Rudolf Poulsen, Kopenhagen.

Deutsche Kinderhilfe.

Aufruf zur Volkssammlung für das notleidende Kind.

Kinder in Not!

Diese Tatsache hat die 8 großen Zentralorganisationen für Wohlfahrtspflege zu einem gemeinsamen Hilfswerk vereinigt, um durch Aufbringung privater Mittel der Wohlfahrtspflege neue Kräfte zuzuführen, die einzig und allein der Erhaltung und Gesundung unserer Kinder dienen sollen.

Der Krieg hat unerhörte Verluste an Menschenleben und schwere Einbuße an Gesundheit bei Männern und Frauen gekostet; furchtbar sind aber die Folgen jahrelanger Nahrungsnot für unsere Kinder. Hier droht der Zukunft ernsteste Gefahr. Kindertuberkulose und Säuglingssterblichkeit sind in erschreckendem Maße gewachsen, unermeßlich ist die Not, die sich zum Teil verschämt vor jedem Auge verbirgt. Viele Hunderttausende von Kindern sind krank und gehen mit unterernährtem, geschwächtem Körper ins Leben, die kümmerlichste Kleidung muß verbergen, daß kein Hemd den abgezehrten Körper deckt. Der kommende Winter wird diese Leiden noch unendlich vermehren.

Reich, Staat und Gemeinde sind zurzeit allein außerstande, diesem Notstand zu wehren, deshalb muß die freie Liebestätigkeit einsetzen, um dem Schlimmsten vorzubeugen.

An unsere Gewerkschaftsgenossen in Stadt und Land, besonders aber an alle Ortsausschüsse, wenden wir uns deshalb mit dem Ersuchen, die in den nächsten Wochen erfolgenden Sammlungen der „Deutschen Kinderhilfe" nach besten Kräften zu unterstützen. Die Not ist groß und nur ein Zusammenwirken aller gibt die Möglichkeit einer wirksamen Hilfe.

Die Verteilung der gesammelten Mittel liegt in den Händen eines zentralen Ausschusses und bietet Gewähr einer sachgemäßen Verwendung. Wir erwarten, daß die Solidarität unserer Gewerkschaftsgenossen zur Rettung unserer notleidenden Kinder nicht vergeblich angerufen wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
P. Graßmann.

Ueber Aufbau und Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes

sprach am 18. Oktober im Sitzungssaale des ehemaligen preußischen Herrenhauses zu Berlin der Direktor Albert Thomas vom Internationalen Arbeitsamt. Anwesend waren etwa 200 Personen, die sich zusammensetzten aus Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaftsvorstände, die in Berlin ihren Sitz haben, ferner Vertretern der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der christlichen Verbände. Außerdem waren noch anwesend Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, die besonders mit dem Internationalen Arbeitsamt zu tun haben.

Genosse Legien eröffnete die Zusammenkunft mit einigen einleitenden Worten, worin er unter anderm darauf hinwies, daß Deutschland dem Völkerbunde nicht angehöre, wohl aber im Internationalen Arbeitsamt vertreten sei. Dies letztere verdanken wir dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, der auf der internationalen Konferenz in Washington ein darauf bezügliches Verlangen stellte. Redner schilderte sodann die Zusammensetzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes und hob noch hervor, daß in einer der letzten Sitzungen des Verwaltungsrates beschlossen worden sei, die Drucksachen des Internationalen Arbeitsamtes neben in englischer und französischer Sprache nunmehr auch in der deutschen Sprache erscheinen zu lassen.

Direktor Albert Thomas entschuldigte sich damit, daß er früher besser Deutsch habe sprechen können, daß er aber während der Kriegszeit außer Uebung gekommen sei und hoffe, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und den übrigen Ländern sich wieder bald so ausgestalten möchten, daß er wieder geläufig Deutsch sprechen könne. Seine Ausführungen wurden von Herrn Regierungsrat Kuttig übersetzt. Thomas führte aus, daß das Internationale Arbeitsamt sein Bestehen dem Teil 13 des Friedensvertrages verdanke. Dies möge vor dieser Zuhörerschaft nicht als Empfehlung erscheinen. Immerhin sei aber das Verfahren, zu einem internationalen Arbeiterschutz zu gelangen, durch den Friedensvertrag vereinfacht worden. Der Redner würdigte ferner, was die Gewerkschaften vor dem Kriege geleistet haben. Vor dem Kriege war es in Frankreich nur Vaillant, der für internationalen Arbeiterschutz gekämpft habe. Während des Krieges sei aber in allen Ländern ziemlich zu gleicher Zeit die Bewegung dafür immer mehr erstarkt, die auf eine internationale Arbeitercharta hinziele.

Thomas wies ferner noch auf die Konferenzen von Leeds (1916), Stockholm (1917) und Bern (1917) hin. Diese Konferenzen kamen zum gleichen Ergebnis, zur Forderung einer internationalen Arbeitercharta. Thomas hob dann hervor, daß die internationale Organisation für den Arbeiterschutz aus zwei Organisationen besteht, der Hauptversammlung und dem Internationalen Arbeitsamt. Die Hauptversammlung tritt zweimal im Jahre zusammen. Jeder Mitgliedsstaat entsendet außer den Regierungsvertretern je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese beiden Vertreter müssen aus den maßgebenden Berufsverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entnommen werden. Welche Organisationen dafür maßgebend sind, ist in einigen Ländern mitunter sehr schwierig zu bestimmen. Die Hauptversammlungen können Beschlüsse fassen von zweierlei Art. Erstens Entwürfe zu einem Uebereinkommen, zweitens Vorschläge. Die Uebereinkommen werden bindend, wenn sie von den Staaten ratifiziert sind. Sie wirken dann wie früher die Staatsverträge. Die Vorschläge lassen den einzelnen Staaten Freiheit, ob sie den Vorschlägen nachkommen wollen. Als auf der Friedenskonferenz über den Teil 13 beraten wurde, haben die Arbeitervertreter in der Kommission vielfach beantragt, daß die Beschlüsse der Hauptversammlung gesetzgebende Kraft erhalten sollten. Dies ist aber nicht durchgedrungen, weil zu viele der Staaten Bedenken dagegen hatten. Die Beschlüsse der Hauptversammlung müssen innerhalb Jahresfrist den Parlamenten vorgelegt werden. Die Stellungnahme dazu steht den Parlamenten frei. Thomas wies dann noch darauf hin, daß er zum zweitenmal in Berlin sei, um die schleunige Vorlegung von Projekten des Arbeiterschutzes beim Reichstage zu bewirken. Er würde zu demselben Zweck nach Prag und Warschau fahren. Das Internationale Arbeitsamt besteht aus einer diplomatischen und einer wissenschaftlichen Abteilung. Die diplomatische Abteilung hat die Aufgabe, die Beziehungen zu den einzelnen Ländern zu pflegen und die Tagesordnung für die Hauptversammlungen vorzubereiten. In der wissenschaftlichen Abteilung geschieht die Sammlung des Materials aus den einzelnen Ländern über die Arbeitsverhältnisse und die Erteilung von Nachrichten, die Herausgabe von Veröffentlichungen usw. Es erscheinen ein wöchentliches amtliches Mitteilungsblatt, ferner nach Bedarf die „Studien und Dokumente" über einzelne wichtige Tagesfragen, außerdem eine monatliche wissenschaftliche Zeitschrift, wahrscheinlich von jetzt an auch in deutscher Sprache. Außerdem besteht am Internationalen Arbeitsamt noch ein besonderes Kabinett des Direktors, dessen Personal damit beauftragt ist, die Beziehungen zu den Berufsverbänden der einzelnen Länder zu pflegen; daneben noch technische Dienste, die sich mit Spezialfragen zu befassen haben (Arbeitslosigkeit, Wanderungsfragen, Landwirtschaft, Studium des Bolschewismus usw.). Diesen Abteilungen stehen Spezialisten vor.

Nach der Konferenz in Genua habe das „Korrespondenzblatt" des A. D. G. B. sich dankend ausgesprochen für die verständnisvolle Leitung der Konferenz durch Direktor Thomas. Thomas dankte bei dieser Gelegenheit der deutschen Delegation für die Art und Weise, wie sie die Führung der Geschäfte in Genua in die Hand genommen habe. Das Internationale Arbeitsamt sei zurzeit in voller Tätigkeit. Es habe die Beziehungen zu allen Ländern aufgenommen. Er müsse aber hervorheben, daß die Völker, die die deutsche Sprache gebrauchen oder als Hilfssprache verwenden, am fleißigsten die vom Internationalen Arbeitsamt ausgehenden Briefe beantworten. Von 25 Millionen organisierter Arbeiter, auf die sich das Internationale Arbeitsamt erstreckt, sind 10 Millionen in solchen Ländern, die die deutsche Sprache verwenden. Daher ist das Internationale Arbeitsamt zum großen Teil von der Mitwirkung dieser Länder abhängig. Sodann wandte Thomas sich gegen einen Vorwurf, der in dem „Arbeitgeber", Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, erhoben worden ist. Dort wird auf die schwierige Lage Deutschlands hingewiesen, ferner darauf, daß von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages außerordentliche Leistungen verlangt werden. Dies werde dadurch nur erschwert, wenn auf dem Wege der internationalen Organisation der Arbeit die Arbeit nach den Beschlüssen der Hauptversammlung geregelt und beschränkt werden solle. Dieser Vorwurf sei nicht gerechtfertigt. Bisher habe jeder Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes nicht schädigend, sondern fördernd auf die Arbeitsleistung gewirkt. Deutschland habe sich vor dem Kriege geschmeichelt, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes am weitesten vorgeschritten zu sein und das habe auch seiner Arbeitsleistung keinen Abbruch getan. Redner appelliert an die deutsche Arbeiterschaft, die Richtigkeit dieses Satzes auch weiter zu beweisen.

Gesetzesbestimmungen haben gewiß ihren Wert, es ist aber der Geist, der sie lebendig machen muß. Er habe stets den größten Wert darauf gelegt, mit den Berufsverbänden in den einzelnen Ländern in Berührung zu kommen. Wenn die öffentliche Meinung das Internationale Arbeitsamt nicht unterstütze, bleibe die ganze internationale Arbeitergesetzgebung ein toter Buchstabe. In Frankreich sei auf dem Gewerkschaftskongreß zu Orleans die Vertrauensfrage für das Internationale Arbeitsamt gestellt worden. Mit überwältigender Mehrheit habe der Kongreß sich für weitere Mitarbeit ausgesprochen. Auch in andern Ländern steigt das Vertrauen zum Internationalen Arbeitsamt, sogar in Japan. In Indien werden Arbeiterschutzmaßnahmen nach den Beschlüssen des Arbeitsamtes eingeführt. Die englische Zeitung „Morning Post" habe daraufhin sogar schon den Vorwurf erhoben, daß das Internationale Arbeitsamt auf die Revolution hinwirke.

Es erfolgte sodann eine Aussprache, die hauptsächlich Fragen der Arbeitslosigkeit, der Auswanderung usw. betraf. Ferner wurde auf die Härten des Friedensvertrages und auf die neuerdings auf Grund dieses Friedensvertrages noch erhobenen weiteren Forderungen hingewiesen. Direktor Thomas erwiderte darauf, daß diese Vorwürfe gegen den Friedensvertrag im wesentlichen dieselben seien, die ihm bei seinem Vortrag im Saargebiet mitgeteilt worden seien. Er betone, daß keine Bestimmung, die auf die Lebensbedingung der Arbeiter einwirkt, dem Internationalen Arbeitsamt fremd bleiben könne. Es werde jetzt eine Erhebung über die Lebenskosten vorgenommen, wobei Gelegenheit gegeben sei, für die deutschen Arbeiter das vorzubringen, was sie in dieser Beziehung auf dem Herzen haben.

Zum Schluß dankte Genosse Adolf Cohen dem Direktor Thomas für seine Ausführungen. Er hob dann weiter hervor, daß wir Deutschen uns zwar früher geschmeichelt haben, an der Spitze der Arbeiterschutzgesetzgebung zu stehen, und uns noch weiter bemühen werden, dies zu tun, daß wir aber nichts dagegen haben, wenn wir darin von andern Ländern überholt werden. Der Arbeiterschutz stehe und falle mit der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. In den Ländern, wo keine Gewerkschaftsbewegung sei, sei auch wenig Arbeiterschutz. Das könne er an einem Beispiel nachweisen, das ihm in der vorigen Woche widerfahren sei. Es seien Vertreter der japanischen Regierung zu ihm gekommen; man wolle dort jetzt mit Schnellzugsgeschwindigkeit Arbeiterschutz, Gewerkschaften usw. von der Regierung aus einführen, weil man den wirtschaftlichen Zusammenbruch befürchte und durch solche Maßnahmen dazu beizutragen hoffe, den Zusammenbruch aufzuhalten. Die von Thomas gewünschte Mitarbeit sei selbstverständlich. Man müsse aber abwarten, in welchem Maße das Internationale Arbeitsamt verstehe, das Vertrauen aller Länder zu erwerben. Vorschußvertrauen zu geben sind wir ebensowenig gewohnt wie Vorschußmißtrauen. Die Tätigkeit des Direktors Thomas vor dem Kriege gibt uns jedoch keine Veranlassung zu Mißtrauen. Wenn Thomas sich ganz seiner Tätigkeit widme, werde er auch das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft erlangen. Zum Schluß betonte Redner noch seine Genugtuung darüber, daß es Arbeiterfragen waren, die einem Mitgliede der französischen Nation Gelegenheit gaben, sich mit uns zusammenzusetzen. Er hoffe, daß nun auch bald auf andern Gebieten Vertreter der französischen Nation zu uns kommen werden.

Lohnbewegungen.

Darmstadt. Als es galt, den Entscheid des Haupttarifamts, der uns 40 ₰ die Stunde brachte, durchzuführen, weigerten sich die hiesigen Unternehmer. Sie meinten, es müsse endlich einmal Schluß gemacht werden. Wir nahmen in einer Mitgliederversammlung zu der Angelegenheit Stellung und sprachen am nächsten Morgen bei den Unternehmern vor, wobei wir zum Ausdruck brachten, nicht eher zu arbeiten, bis uns die 40 ₰ sicher wären. Dies wurde denn auch zugestanden. Der Preisabbau kam nicht, aber der Preisaufbau geht weiter (man denke nur an die gesteigerten Preise für Kartoffeln, Fleisch, Fett usw., von Kleidern gar nicht zu reden). — Am 15. Oktober stellten wir den Antrag, unsern jetzigen Lohn in Höhe von 5,20 M. dem der Bauarbeiter, 5,75 M., gleichzustellen. Es fand mit dem Vorstand der Unternehmer eine Verhandlung statt, die nichts Entscheidendes bringen konnte, weil erst deren Mitglieder hierzu gehört werden mußten. Darauf erhielten wir am 26. Oktober die Antwort, daß unser Antrag angenommen und vom 29. Oktober an die Stunde 5,75 M. gezahlt werde. Die Lehrlinge wurden ebenfalls mit einer Teuerungszulage von einer Mark pro Tag bedacht. Diese beträgt jetzt 3,60 M. pro Tag ohne die übliche Vergütung. Die Unternehmer wiesen in der Verhandlung auf den Tarif hin, sahen aber selbst ein, daß in einer solchen schweren Zeit auch ihrerseits soweit geholfen werden müsse, als es nur möglich sei. Die Verhältnisse zwingen uns eben, den Weg einzuschlagen, der im beiderseitigen Interesse kann begangen werden und bei einigermaßen gutem Willen auch zum Ziele führt.

M.-Gladbach. Die Kollegen der Figuristen- und Polychromeurbranche stehen mit ihren Firmen in Lohnstreitigkeiten. Zuzug von in Frage kommenden Arbeitern muß streng ferngehalten werden!

Aus Unternehmerkreisen.

Der Gau Norddeutschland vom Reichsbund des deutschen Malergewerbes tagte Ende September dieses Jahres in Hamburg. Von 65 Ortsverbänden waren 54 vertreten. Der vom Vorsitzenden, Herrn Hansen, erstattete Geschäftsbericht umfaßte die Zeit vom Juni 1914 bis 1920. Er führte unter anderm aus, daß nicht die hohen Löhne allein zum Ruin unserer Wirtschaft geführt haben, sondern die Arbeitsunlust, die, wie er hofft, sich langsam wieder geben werde. Dazu müsse aber unbedingt in erster Linie ein Abbau der Preise und eine Steigerung der Erzeugung der Lebensmittel eintreten. Weiter müsse der gesamte Markt der gewerblichen Rohstoffe einer gründlichen Reinigung unterzogen werden. Es sei unerträglich, wenn das Kilogramm Leinölfirnis mit 25 bis 30 M. und mehr bezahlt werde, ein Preis, für den man 1914 noch einen Zentner bekommen konnte. Ebenso liege es bei allen andern für das Malergewerbe nötigen Rohstoffe. Alle Preise seien um 1000 bis 5000 % höher als im Frieden. Gewiß sei der wesentliche Teil dieser Teuerung begründet durch die Verteuerung der Arbeitskraft, durch Knappheit der Rohstoffe und durch den geringen Kaufwert unseres Geldes im Auslande. Es müsse aber auch gesagt werden, daß ein gut Teil der Teuerung auf spekulative Machenschaften der Rohstoffindustrie und des Handels beruhe. Durch übertriebene Gewinne, durch Zurückhaltung von Waren seien die Preise künstlich hochgetrieben worden. Unter solchen Verhältnissen müsse unser Gewerbe zum Erliegen kommen, weil die Malerarbeiten, die in der Hauptsache der Unterhaltung der Gebäude und Wohnungen dienen, einfach unbezahlbar würden. Bis jetzt lasse sich noch nicht absehen, wohin die Preisbewegungen unserer Rohstoffe sich entwickeln werden. Das Gewerbe und seine Organisationen werden daher alle geeigneten Maßnahmen ergreifen müssen, durch gemeinsamen Einkauf allergrößten Stils den denkbar größten Preisdruck herbeizuführen. Wir wollen und müssen wieder heraus aus diesem Sumpf, und das deutsche Malergewerbe müsse an seinem bescheidenen Platz ebenso daran mitarbeiten wie jeder Volksgenosse. — Auf die inneren Verhältnisse des Gauverbandes eingehend, schilderte der Redner die Wirkungen, die der Krieg auf die einzelnen Ortsverbände ausgeübt hat. Die Mitgliederzahl sei sehr zurückgegangen, ebenso die Zahl der beschäftigten Gehilfen. In vielen Orten sei durch das Einziehen zum Heeresdienst

die Verbandsarbeit ganz eingegangen; in Orten, die früher 20 bis 30 Mitglieder zählten, blieben oft nur 2 bis 3 übrig. Schätzungsweise waren beschäftigt:

	Betriebe	Gehilfen		Betriebe	Gehilfen
1914	3300	11000	1918	1100	1800
1915	2300	5000	1919	2200	3000
1916	1700	3200	1920	3300	4000
1917	1300	2000			

Infolge der geringen Arbeitsgelegenheit seien noch mindestens 60 % aller alten Arbeitsplätze für Gehilfen unbesetzt. Als Kriegsopfer verzeichne der Verband den Tod von 220 Meistern, 360 Meistersöhnen und mehr als 800 Gehilfen und Lehrlinge. All diesen treuen Kämpfern sei ein bleibendes dankbares Erinnern erhalten. — Eine Reihe von Ortsverbänden weise wieder einen guten Fortschritt auf; durch angestrengte Werbearbeit müsse es gelingen, auch den letzten Meister für den Verband zu gewinnen. Ueber die Kassenverhältnisse der verflossenen 5 Jahre berichtete Kassenführer Müller. Infolge der schlechten Geschäftslage und des geringen Mitgliederstandes, durch die Verteuerung aller Bedürfnisse der Verwaltung konnten die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken. Die Gesamtschuld beträgt 14 784 M. Ueber den Verlauf der Erfurter Tagung, über die Gründung und Einrichtung des neuen Reichsbundes des deutschen Malergewerbes erstattete Herr Kruse, Berlin, einen sehr eingehenden Bericht.

Baugewerbliches.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. In ähnlicher Weise wie für Groß-Berlin sollen auch Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Hebung der Bautätigkeit in Sachsen in erhöhtem Maße herangezogen werden. Es handelt sich dabei um Ausführung von Ausbesserungsarbeiten aller Art, wie Gebäudeabputz, Dachumdeckungen, Hofbefestigungen und Vorrichtungsarbeiten von Wohnungen, vor allem aber auch um die Erstellung von Behelfsbauten und Notwohnungen, Ausbau von Dachräumen, inneren Ausbau von Gebäuden und Umbau von Lager- und gewerblichen Räumen zu Wohnungen, zu denen nach den Reichsratsbestimmungen die Mittel aus dem allgemeinen Wohnungsbaufonds nicht verwendet werden können. Zur Vereinfachung wird im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium und dem sächsischen Arbeitsministerium die Durchführung des Genehmigungsverfahrens für diese Bauausführungen das Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — übernehmen, und es ist bereits an die Baupolizeibehörden die Anweisung ergangen, in ihren Bezirken festzustellen, wieviel Interessenten, insbesondere auch Privatpersonen, von diesen Vergünstigungen Gebrauch machen wollen, damit bei dem Reichsarbeitsministerium der für Sachsen in Betracht kommende Gesamtbetrag angefordert werden kann. Es ist zu erwarten, daß möglichst viel Gemeinden und Hausbesitzer sich nicht die Gelegenheit entgehen und Bauarbeiten vorgenannter Art ausführen lassen werden, wodurch auch an diesem Teile eine Belebung des Bauarbeitsmarktes und auch die Erstellung neuer Wohnungen zu erhoffen ist.

Preisabbau im Baugewerbe. In der „Bauwelt" äußert sich zu diesem Kapitel Regierungsbaumeister a. D. Löwenich wie folgt:

„Seit längerer Zeit sind sich sämtliche sachverständigen Kreise darüber klar, daß die außerordentlich gesteigerten Kosten das Bauen rentierlicher Häuser einfach unmöglich machen. Nur unaufschiebbare Bauausführungen oder Bauten für Kriegsgewinnler werden neu angefangen und durchgeführt, andere bleiben unfertig liegen. Die Arbeitslosigkeit Tausender von Arbeitern und Angestellten und die vielen vollständig unzulänglichen Versuche und Vorschläge zur Abwendung weiterer Not heben den Ernst der Wirtschaftskrise noch stärker hervor. Notstandsarbeiten, die vollständig wertlos sind und nur weiter unser Geld verschwenden, werden wieder in Angriff genommen. Ich verweise nur auf nutzlose Anlagen von Straßen, die allenfalls Luxuswerte schaffen usw. Nur Arbeiten, die wirklich werbende Werte erzeugen, sollten zurzeit zur Durchführung kommen. Um wieder zur wirklichen Arbeit zu gelangen, muß ein Preisabbau erfolgen. Dazu gehört jedoch in erster Linie eine genaue Kalkulation der Kosten für die einzelnen Bauhandwerkszeuge. Damit ist es jedoch sehr übel bestellt. Die Auswirkungen der während des Krieges zum Teil eingeführten Selbstkostenverträge „Kolonialvertrag" (Selbstkosten zuzüglich Unternehmergewinn) haben eine vollständige Verwirrung der Preisbildung erzeugt. Zumeist läßt sich der Unternehmer überhaupt nicht auf ein bindendes Angebot mehr ein, wenn auch die Möglichkeit vorhanden ist. Der Höhepunkt für die Forderung der Arbeitslöhne wird wohl meines Erachtens erreicht sein. Die Baustoffpreise bröckeln langsam ab. Es heißt jetzt wieder, die Kosten zu ermitteln, die sich aus Löhnen, Baustoffkosten, Unkostenzuschlägen und Betriebsgewinn zusammensetzen.

Zu Zeiten schnellen Emporsteigens der Preise, besonders für Rohstoffe, wie Holz, Eisen, Ziegelsteine, Zement, Kalk, Glas usw., ist es keinem Unternehmer eingefallen, seiner Kalkulation für Baustoffe die Preise zugrunde zu legen, die er wirklich aufgewendet hat, sondern hier wurden einfach Tagespreise eingesetzt, die oft weit höher waren, wie die tatsächlich für sie bezahlten Preise. Darüber muß man sich klar sein, daß der erhöhte Lohn und die teilweise unübersichtliche Arbeitsleistung des Arbeiters, der nicht an Arbeit gewöhnt war, nicht allein die Schuld an diesen übermäßig gesteigerten Preisen sind, wie dies häufig hingestellt wird. Der Sicherheitszuschlag für die Baustoffpreise ist meist zu hoch gewesen, da die teilweise in Schieberhand gelangten Baustoffe außerordentlichen Preisschwankungen ausgesetzt waren. Der Unternehmer lehnt außerdem das geringste Risiko ab. Hier muß Wandel geschaffen werden. Dies ist nur möglich durch eine genaue Feststellung: 1. der zu leistenden Arbeit, 2. der Preisbildung. Die zu leistende Arbeit muß aus den Bauvertragsunterlagen genau ersichtlich sein. Leider wird in diesem Punkte im Baugewerbe viel gesündigt. Ein genauer Beschrieb der Arbeit, einschließlich der Nebenarbeit, ist dabei dringender denn je erforderlich. Es werden dadurch ungewöhnlich hohe Zuschläge vermieden.

Die Unkostenzuschläge sind für die einzelnen Bauhandwerkszweige verschieden und müssen dementsprechend Berücksichtigung erfahren. Bei der ungewöhnlichen Höhe der einzelnen Faktoren, die bei der Preisbildung maßgebend sind, muß jeder Zuschlag genaue Ermittlung finden. Hier muß eine sachgemäße Untersuchung Platz greifen, sonst ist ein Wiederaufbau unmöglich. Die Unkosten- und Gewinnberechnung muß systematisch durchgebildet werden. Leider findet man gerade in technisch gebildeten Kreisen dafür wenig Verständnis. Gleichzeitig mit diesen Untersuchungen ist jedoch zurzeit auch eine Preisprüfungsstelle, die einer amtlichen Stelle angegliedert sein kann, für die einzelnen Provinzen unbedingt erforderlich. Diese Stelle muß unter Hinzuziehung der Bauinteressenten und Baubehörden wie der Bauunternehmerverbände und der Arbeitnehmer die Preise auf ihre Angemessenheit untersuchen. Sorgfältige Festlegung der Arbeitsleistung der Arbeitnehmer ist erforderlich. Die Ergebnisse einzelner Ausschreibungen bilden durchaus keinen Maßstab und führen zu ganz falschen Schlüssen. Eine häufige Veröffentlichung der hauptsächlichsten Preise für Baustoffe, Frachtsätze, Löhne usw. könnte eine langsame Stabilisierung der Preise hervorrufen. Gerade zum Aufbau unserer früher so gesunden kleineren Betriebe, die oft mit geringen Arbeitskräften Vorzügliches leisteten, sind diese Feststellungen der Preise notwendig. Den zuständigen Stellen erwächst aus der Erkenntnis dieser Tatsache die Pflicht, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, bei der Preisbildung mitzuwirken und übermäßige Gewinne zu Lasten der Allgemeinheit auszuschalten, wie sie teilweise zurzeit am Platze sind. Bleibt die bisherige Preispolitik und kehrt man nicht zu dem Grundsatz zurück, daß die Kalkulation in erster Linie für die Preisbestimmung maßgebend ist, so werden wir nie aus dem wirtschaftlichen Elend herauskommen und einen Abbau der Preise erlangen."

Diese sachlichen Ausführungen eines Fachmannes sollten den Unternehmern zu denken Anlaß geben; denn trotz des ewigen Geredes von den „hohen Löhnen" und des Schreiens nach Lohnabbau ist die Tatsache von dem wirtschaftlichen Elend der arbeitenden Klasse nicht wegzustreiten.

Gewerkschaftliches.

Gegen die Teuerung haben sich der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Groß-Hamburg und das Ortskartell der Afa zu einer Aktion vereinigt und laden durch einen Aufruf an die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg, Bremen, Lübeck, Oldenburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und Braunschweig zu einer am 8. November in Hamburg stattfindenden Konferenz ein. Es heißt in dem Aufruf:

„Die Not der Bevölkerung steigt, ins Ungemessene entwickeln sich die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Die bürgerliche Regierung erweist sich immer mehr als unfähig, die Auswüchse des freien Handels, die in einer schlimmen Bewucherung der Arbeitnehmerschaft Ausklang finden, zu bekämpfen. Die Verschiebung von Lebensmitteln nach dem Auslande nimmt zu, eine wilde erneute Auspowerung der minderbemittelten Bevölkerung hat eingesetzt. Daher erwächst den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmerschaft die Pflicht, in der Frage der Sicherstellung der Ernährung, der Preissenkung, der Bekämpfung des Wuchers usw. sofort die möglichen Maßnahmen zu ergreifen."

Die Organisationen werden aufgefordert, zu dieser Konferenz Delegierte zu entsenden.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zum Arbeitsnachweisgesetz und Trinkgeld. In Erfurt tagte vom 19. bis 22. Oktober dieses Jahres der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Diese neugegründete Gewerkschaft, die ungefähr 100 000 Mitglieder zählt, ist aus dem Verband der Gastwirtsgehilfen, dem Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und dem Verband der Köche entstanden.

Der erste Verbandstag dieser maßgebenden Gehilfenorganisation im Gastwirtsgewerbe nahm unter anderm zu dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes Stellung. In der angenommenen Entschließung heißt es darüber, daß der Entwurf nicht befriedigt und hinter den Erwartungen weit zurückbleibt, die die Gastwirtsangestellten die unter der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung stark zu leiden hatten, an dieses Gesetz geknüpft haben. Insbesondere wird das Fehlen des Mitbestimmungsrechts der Fach- und Verwaltungsausschüsse bemängelt. Die Einflußlosigkeit der Interessenten auf die Wahl der Vorsitzenden und Stellvertreter und das Vetorecht der letzteren erwecke kein Vertrauen. Gefordert wird der obligatorische Benutzungszwang der Arbeitsnachweise und darauf hingewiesen, daß die bedingte Meldpflicht der freien Arbeitsstellen nicht genügt. Schärfster Protest wird gegen das Fortbestehen der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung bis 1930 erhoben und das sofortige Verbot der Stellenvermittlung verlangt. Die Verbote der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung durch die Demobilmachungsbehörden sollen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes bestehen bleiben. Ferner wird gegen die Straffreiheit für gelegentliche Vermittlung Einspruch erhoben. Der Kongreß erwartet vom Reichswirtschaftsrat und Reichstag Beschlüsse, die den zu stellenden Anforderungen genügen. Der Verbandstag nahm ferner zum Trinkgeldsystem Stellung und verurteilt auf das entschiedenste das Bestreben der gastwirtschaftlichen Unternehmer, das Trinkgeldsystem nicht nur weiter aufrechtzuerhalten, sondern es auch dort wieder einzuführen, wo es bereits beseitigt ist, und erwartet von der Kollegenschaft, daß sie diesen Bestrebungen den größtmöglichen Widerstand entgegensetzt. Die Hauptverwaltung des Verbandes wird beauftragt, mit allen geeignet erscheinenden Mitteln, eventuell mit Hilfe des Publikums, für die restlose Beseitigung des Trinkgeldsystems zu wirken. Des weiteren fordert der Verbandstag, daß staatliche und kommunale Betriebe bei der Beseitigung des Trinkgeldsystems mit gutem Beispiel vorangehen, da sie in erster Linie verpflichtet sind, den Schiedssprüchen zahlreicher staatlicher Schlichtungsausschüsse und des Reichswirtschaftsministeriums Folge zu leisten. Die Bewegung gegen das Trinkgeld soll auch international mit aller Schärfe geführt werden.

Sozialpolitisches.

Vorläufiger Steuerbescheid und Lohnabzug. In den Kreisen der Lohnempfänger hat die Versendung der vorläufigen Steuerbescheide vielfach Beunruhigung hervorgerufen. Man ist der Meinung, daß der in dem Steuerbescheid angegebene Betrag in bar neben den Lohnabzügen zu entrichten, daß also doppelte Steuer zu zahlen ist. Diese Auffassung trifft nicht zu, es werden vielmehr auf den im vorläufigen Steuerbescheid enthaltenen Betrag die bereits entrichteten Lohnabzüge, die meistens höher sind, wie Bargeld angerechnet, so daß im Regelfall auf den Steuerbescheid keine weitere Zahlung mehr zu leisten ist. Der Empfänger des vorläufigen Steuerbescheides braucht diesen nur zusammen mit seiner Steuerkarte dem zuständigen Finanzamt vorzulegen. In dem Fall, wo der Steuerabzug nicht in Marken, sondern durch Ueberweisung an die Finanzkasse erfolgt ist (Listensystem), wird in der gleichen Weise verrechnet. Da hier jedoch die Möglichkeit besteht, daß die Ueberweisungen noch nicht überall verbucht sind, wird der Arbeitnehmer gut tun, sich von seinem Arbeitgeber eine Bescheinigung geben zu lassen, die außer dem überwiesenen Betrag auch angibt, wann und an welche Kasse der Betrag gezahlt ist und für welche Zeit er einbehalten ist. Diese Bescheinigung hat die Steuerhebestelle vorbehaltlich des Eingangs der Zahlung anzunehmen.

Zur drohenden Katastrophe im Wohnungswesen gibt der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften folgendes bekannt: Die Wohnungsnot steigt mehr und mehr. Einen Ausweg aus dem Wohnungselend bietet nur die Neubautätigkeit. Die Herstellung von Wohnungsbauten im Jahre 1921 ist aber ebenfalls nur mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln möglich. Es droht die ungeheure Gefahr, daß diese Mittel, wenn sie überhaupt gegeben werden, zu spät kommen. Das Fiasko der Bautätigkeit in den Jahren 1919 und 1920 ist im wesentlichen mit darauf zurückzuführen, daß die Zuschüsse nicht rechtzeitig bereitgestellt wurden. Regierung wie Parteien nehmen eine unermeßliche Verantwortung auf sich, wenn es auch in diesem Jahre „zu spät" heißen sollte. Sollen wir vor einer neuen Umwälzung, einer „Wohnungsrevolution" bewahrt bleiben, so muß Arbeit geschaffen und der Wohnungsbau in Gang gebracht werden.

Das Reichsfinanzministerium hat bestimmt erklärt, daß für das nächste Jahr Baukostenzuschüsse ohne Deckung auf keinen Fall gegeben werden. Ohne Deckung heißt: ohne Wohnungsabgabegesetz! Lehnen die Parteien dieses Gesetz ab, so müssen sie für eine andere Deckung sorgen. Es geschieht aber nichts! Werden nicht binnen längstens 4 Wochen Mittel bewilligt und die nötigen Bestimmungen erlassen, dann ist jede planmäßige Bautätigkeit im Jahre 1921 ausgeschlossen. Der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften richtet an alle, die sich verantwortlich fühlen für die Abwendung der unsäglichen Wohnungsnot, in letzter Stunde warnend seine Stimme, und bittet dringend Regierung und Parteien, diese ungeheure Aufgabe für die Gesundung unseres Volkes in diesem Augenblick als die lebenswichtigste zu behandeln und für die Mittel und ihre Deckung zu sorgen.

Ueber ein Schulbeispiel für die Schaffung von Einrichtungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge schreibt der Stadtrat Dr. Hirschberg, Landsberg a. d. Warthe, in der „Sozialen Praxis":

Auf einem von der Eisenbahnverwaltung bereitgestellten Stück Land wurde nach Herstellung eines Geleisanschlusses eine Eisenbahnwagenreparaturwerkstatt errichtet, deren Abmessungen derartig gehalten sind, daß täglich 160 bis 240 Arbeiter zunächst, später auch mehr, beschäftigt und monatlich etwa 100 bis 120 Eisenbahnwagen, später auch mehr, repariert werden können. Seitens der Eisenbahnverwaltung sind der Stadt für dieses Unternehmen Reparaturaufträge für 2 bis 3 Jahre zugesagt worden. Da das Unternehmen für die Eisenbahn lediglich in Regie arbeitet, ist das Risiko verhältnismäßig gering und mit einiger Sicherheit schon jetzt übersehbar, mit welchen Einnahmen und Ausgaben wird gerechnet werden können und in welcher Zeit man mit voller Abschreibung der Anlagen fertig sein muß, um ohne Verlust abzuschneiden. Leitend war bei Schaffung des Unternehmens der Gedanke, daß die Arbeiter nicht nur gegen Entlohnung in einem rein städtischen Notstandsbetrieb beschäftigt sein sollten, sondern auch als Mitträger des ganzen Unternehmens an Gewinn und Verlust beteiligt und so direkt daran interessiert sein sollten, daß, soviel es auf sie ankomme, alles geschehen müsse, um den Betrieb dauernd rentabel zu gestalten und zu erhalten. Von dieser neuartigen Beteiligung der Arbeiterschaft versprach man sich vor allem Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter, eine Tatsache, die bei der gerade heute so oft auftretenden plötzlichen Arbeitsunlust besonders wesentlich ist. Zur Erreichung dieses Zieles wählte man den Weg der Gründung einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, an der Stadt und Arbeiterschaft als Genossen beteiligt sind. Das Gründungskapital des Unternehmens beträgt, entsprechend den Vorschlägen Sachverständiger, eine Million Mark, von dem 700 000 M die Stadt, 200 000 M ein industrielles Unternehmen und 100 000 M die Arbeiterschaft aufgebracht haben. Das so geschaffene Unternehmen bildet einmal ein Schulbeispiel für die Schaffung von Einrichtungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge, enthält aber dann in seinem ganzen Aufbau insofern etwas Neuartiges, als, um die Arbeitslust der Arbeiter zu heben, es nicht als rein städtisches aufgezogen ist, sondern als eine Art

sozialisierter Betrieb, an dem allerdings die Stadt Landsberg a. d. W. in der Geschäftsführung und durch Vertretung im Aufsichtsrat entsprechend ihrer starken Beteiligung vertreten ist und durch den die an dem Unternehmen beteiligte Arbeiterschaft geradezu dabei mithilft, ihren erwerbslosen Kollegen ihrer Vorbildung entsprechende Arbeit zu schaffen und zugleich die Staatsbahn bei Beschleunigung der Wiederherstellung ihres Wagenparkes zu unterstützen.

Genossenschaftliches.

Genossenschaften und Sozialisierung. Victor Serwy, der bekannte belgische Genossenschafter, schreibt, Sozialisierung, Nationalisierung seien zwei Worte, die nach den österreichischen und russischen Erfahrungen wieder in Mode gekommen seien. Aber selbst die glühendsten Verfechter der Idee sind der Auffassung, daß schrittweise vorgegangen werden muß, weil die große Arbeitermasse noch nicht das erforderliche Maß an Erfahrung und Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, und das ist richtig. Um zu erzeugen, braucht man nicht nur „Hände", Arbeitskraft, man muß auch auf die Mitwirkung geistiger Arbeit zählen können, auf die Fähigkeit zur Ausarbeitung, zur Erfassung, zur Methode, zur Leitung. Diese Kräfte treffen leider noch nicht mit denen der Handarbeit zusammen. Wir müssen sie uns aneignen, sie erringen. Seit einem Dreivierteljahrhundert haben in allen Ländern die Volkswirte, Gelehrten, Industriellen und Philosophen den Arbeitern erklärt: „Ihr wollt die Herren der Welt werden. Gut. Warum werdet ihr nicht zuerst eure eigenen Kaufleute? Organisiert doch euren Verbrauch, und von da an werdet ihr imstande sein, eure eigene Produktion zu begründen. Kaufleute könnt ihr werden dadurch, daß ihr nur bei euch selbst kauft. Industrielle, Fabrikbesitzer werdet ihr, wenn ihr euch in den Stand setzt, eure Lager zu versorgen. Je mehr Vermittler, desto mehr Handelsgewinne. Stellt euer Brot mit dem Mehl eurer Mühlen her, besät eure Felder mit Korn, um eure Müllereien zu speisen, mögen eure Schiffe nach Kanada, nach den Vereinigten Staaten gehen und Getreide laden. Produziert für euch selbst. Vertraut eure Ersparnisse euren Banken an. Seid selbst eure Bankiers. Und die Welt wird euer sein!" Ach, wenn die Arbeiterklasse seit 1844, seit den „Redlichen Pionieren von Rochdale" das Mittel gebraucht hätte, national, international, das Mittel der Genossenschaftswaffe, um besser zu leben, um das Räderwerk des Wirtschaftslebens kennen zu lernen, um die Herstellungskosten berechnen zu können, um sich eine gewerbliche und landwirtschaftliche Schulung zu geben, sie würde gleich nach dem Kriege die ganze kapitalistische Organisation beschlagnahmt haben. Verstaatlichung, Sozialisierung würden sich äußern als Wirklichkeiten, ganz einfach als Ausdehnung des Genossenschaftswesens.

Noch heute bleibt die Genossenschaftsbewegung die beste Vorbereitung zur Enteignung des Kapitalismus. Verbraucher, seid Genossenschafter, das ist die sicherste Bürgschaft, euch selbst in die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu bringen.

Fachtechnisches.

Das Schoopsche elektrische Metallspritzverfahren. Das Metallspritzverfahren wird neuerdings dazu benutzt, die Straßenbahnwagenuntergestelle elektrisch zu verzinken. Wie die „Technische Rundschau" berichtet, bedienen sich die Waggonfabriken in Neuhausen und Schlieren dieses Verfahrens seit längerer Zeit mit bestem Erfolg an Stelle des Oelfarbenanstrichs. Dabei sollen sich die Kosten nicht teurer stellen als ein Mennige- beziehungsweise zweimaliger Farbenanstrich. Nur hat die Spritzverzinkung eine längere Lebensdauer.

Für das Metallisieren von Massenartikeln mittels Heißluft wird eine Metallspritzmaschine benutzt, die aus einer drehbaren Trommel besteht, in der die Waren automatisch mit der Spritzpistole behandelt werden. Die Spritzdüse und die Düse des Gebläses sind an der Trommelwelle oszillierend angebracht. Da das Zink schon bei einer Temperatur von 420 Grad Celsius schmilzt, wird heiße Luft zum Schmelzen benutzt. Die Erhitzung der Luft kann durch Heizröhren oder elektrische Heizkörper erfolgen. Zur Vermeidung einer Oxidation des Metalls wird das Gemisch von heißer Luft und Metallpulver durch einen expandierenden Preßluftstrahl abgekühlt und weitergetrieben. Die Vorrichtung für die Heißluftspritzverzinkung besteht im wesentlichen aus einem kleinen Heizofen für die Lufterhitzung, dann aus einem Behälter für das Zinkpulver und einer Spritzdüse, die zum Mischen der Heißluft und des Metallpulvers dient.

Auch für Innenverzinkung von Rohren eignet sich die Spritzdüse in ihrer Ausführung als rotierende Düse. Es genügt dann, die Spritzpistole an die Oeffnung des zu verzinkenden Rohres zu halten, um die Innenseite bis zu einer gewissen Tiefe mit einem Zink- oder andern Metallüberzug zu versehen. Einschnitte beiderseits der Düsenmündung machen den Metallstrahl so breit, daß er sich zur Behandlung von großen Oberflächen, wie bei Blechen, eignet.

Die Metallisatorpistole ist in ihrer jetzigen Gestaltung erheblich vereinfacht worden. Es wäre sehr erwünscht, wenn uns von unsern Lackiererkollegen, die mit diesem Metallspritzverfahren vertraut sind, näheres über ihre Erfahrungen mitgeteilt würde.

Zur Beachtung!

Des Bußtages wegen ist Redaktionsschluß für Nr. 47 am Freitag, 12. November. Die Redaktion.

Literarisches.

Otto Rühle, Neues Kinderland. Ein kommunistisches Schul- und Erziehungsprogramm. Aus Gesellschaft und Erziehung Nr. 10 mit einer Umschlagzeichnung von Heinrich Vogeler. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau, 1920. 8°. Preis 2,50 M.

Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Unter diesem Titel gibt der bekannte Soziologe und Ethnologe und Leiter der „Neuen Zeit", Professor Heinrich Cunow im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, ein zweibändiges Werk heraus, das die Grundzüge einer Marxschen Soziologie darstellt. Das Werk, das eine große Lücke in der sozialistischen wie in der sozialwissenschaftlichen Fachliteratur ausfüllen wird, schält aus den Marx-Engelsschen Schriften die Aeußerungen heraus, die sich auf die gesellschaftliche Entwicklungslehre beziehen. Die Auffassungen der beiden sozialistischen Autoren unterzieht Cunow dabei einer Kritik auf Grund der neuesten Forschungen, so daß der erste Band neben einem Rückblick auf das Altertum auch eine Entwicklung der neueren Gesellschafts- und Staatstheorie gibt. — Da der Band auf rund 60 M. zu stehen kommt, erhalten Subskribenten, die ihre Bestellung bis zum 1. November einreichen, den ersten Band gebunden für 50 M. Bestellungen bei den Parteibuchhandlungen.

Die Soziologie des Bolschewismus von M. Jefimow. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin C 2. 32 Seiten. Preis 8 M.

Deutscher Bauarbeiterverband. Jahrbuch 1919. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Hamburg 25.

„Der Reisegenosse", Monatsschrift zur Förderung und Wahrung der Interessen aller Ferien- und Erwerbslosreisenden innerhalb der werktätigen Bevölkerung. Diese neue Zeitschrift wird vom Volks-Reise-Verband (Berlin-Neukölln, Münchener Straße 58) herausgegeben. Das erste Heft liegt in den Gewerkschaftsbureaus, Parteibuchhandlungen, Herbergen und Verkehrslokalen aus.

Vereinsteil.

An die Filialverwaltungen!

Entsprechend dem Wachstum unseres Verbandes ist der Verbrauch der vierjährigen beziehungsweise achtjährigen Mitgliedsbücher ein ganz enormer geworden. Wir sind genötigt, einen Neudruck der achtjährigen Mitgliedsbücher vorzunehmen, und zwar wieder beginnend mit Nr. 1.

Um nun zu vermeiden, daß 2 Mitgliedsbücher mit der gleichen Nummer im Verkehr sind, ersuchen wir dringend, alle vierjährigen Mitgliedsbücher, **die eine der Nummern 1 bis mit 20000 tragen, sofort zum Umtausch** an die Hauptkasse einzusenden. Ferner sind noch diejenigen Mitgliedsbücher sofort zum Umtausch einzusenden, in denen Ersatzblätter für Beitragszahlung eingeklebt worden sind.

Diese Ersatzblätter dürfen künftig nicht mehr verwendet werden. Wir ersuchen also, alle Kassierer beziehungsweise Funktionäre anzuweisen, sofort diese Bücher einzuziehen, ganz gleich, wie weit darin bezahlt ist. Den betreffenden Mitgliedern ist einstweilen eine provisorische Mitgliedskarte auszustellen. Die betreffenden Bücher werden sofort nach Eingang bei der Hauptkasse umgetauscht.

Für folgende verlorenen Bücher wurden **Duplikate** ausgestellt:

Buch-Nr.	Name	Ort	Bezahlt bis mit
56 895	Förster, Fritz	Dresden	84. Woche 1920
59 209	Dietz, Paul	Magdeburg	80. „ 1920
59 797	Mergener, Nikol.	Trier	37. „ 1920
63 961	Holzhäuser, Alfred	Eisenach	38. „ 1920
64 025	Petersen, Delfried	Emden	38. „ 1920
65 001	Ziegelasch, Fritz	Berlin	26. „ 1920
66 888	Clement, Alfred	„	81. „ 1920
67 744	Busch, Dettlof	Hamburg	36. „ 1920
70 158	Stumpf, Alois	Mainz	31. „ 1920
72 268	Schünemann, Ernst	Essen	26. „ 1920
75 797	Müller, Günther	Gotha	35. „ 1920
78 512	Heine, Arthur	Berlin	34. „ 1920
81 151	Außen, Johann	Cöln	25. „ 1920
84 884	Grotzky, Ewald	Bochum	34. „ 1920
95 840	Gschwendner, Rudolf	Essen	35. „ 1920

Folgende Bücher werden für **ungültig** erklärt:

Buch-Nr.	Name	Ort	Bezahlt bis mit
19 584	Marquardt, Walter	Stolp	19. Woche 1920
46 091	Schacht, Peter	Dresden	36. „ 1920

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Berlin. Am 15. Oktober starb der Kollege **Gustav Böhm,** geboren am 13. Juni 1867 in Bartenstein. — Am 16. Oktober starb der Kollege **Bernhard Bauschke,** geboren am 11. November 1884 in Preichau.

Wiesbaden, (Bärstadt.) Am 28. September starb unser Mitglied **Georg Wilhelm Besier** nach langem, schwerem Leiden, das er sich im Felde zugezogen hatte. Kollege Besier war seit Gründung der Zahlstelle ein eifriges Mitglied, das immer für die Interessen seiner Kollegen eingetreten ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 7. bis 13. November 1920 ist die 45. Beitragswoche.

Maler-Fachschule Hamburg.
Tageskurse: für Holz- und Marmormalerei, Lehrer: Herr Christen, für Dekoration, Lehrer: Herr Heinemann, für Schrift- und Plakatmalerei, Lehrer Herr Grünberg.
Das Schulgeld beträgt bei einmonatigem Schulbesuch 75 M. für auswärtige, 50 M. für hiesige Kollegen
„ „ „ „ zweimonatigem „ 135 „ „ „ 90 „ „ „ „
„ „ „ „ dreimonatigem „ 180 „ „ „ 120 „ „ „ „
Eintritt kann täglich erfolgen. Anmeldungen werden im Verbandsbureau, Hamburg 1, Besenbinderhof 59, Zimmer 11, entgegengenommen.

Abendkurse für neue Holz- u. Marmormalereien, auch für Kriegsbeschädigte erteilt **Fr. Popp,** Hamburg-Eppend., Kegelhofstr. 27, Hpt. Anmeldungen täglich.

Firnis, Lacke, Leim, Schellack kauft jeden Posten Handlung chemischer Produkte, Berlin O 34, Wilhelm-Stolze-Straße 38, Königstadt 7817.

Im Spezial-Unterricht d. Wintersemest. in „Schotts" Maler-Technikum, Schwerin i. M. 5 bezw. i. d. seit 1906 in der Praxis gut bewährt. 1-Mon.-Spezialkursen (wod. d. größt. Kosten f. läng. teur. Lebensunterh. gespart w.) finden Sie d. richt. sichere Ausbildg. f. jed. lohn. Fach z. tägl. prakt. Gebr. Diese Schule bietet Ihn. durch ihre überall anerkannt. groß. Vorzüge i. jed. Weise d. Beste. Beginn auf Wunsch d. deutsch. u. ausländ. Schül. i. d. J. schon am 5. Okt. / Eintritt jederzeit. Freie Wahl i. jed. Fach. / Sehr günst. Wohn.- u. Verpfl.-Verh. Mäßiges Schulgeld. / Kriegsbeschäd. bedeut. Preisermäß. Anmeld. f. spät. Mon. rechtzt., um sich Platz zu sichern. / Näh. Ausk. (a. üb. Meist.- u. Gesell.-Prüf.), Aufklär.-Schr. Nr. 12 u. ausf. Lehrplan kostenl. v. Mecklbg. Maler-Technikum, Schwerin i. M. 5

Wilhelm Walter
Oele, Lacke, Leime
Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer.
Hamburg, Wartelsstraße 72.
Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Patent-anmeldungen besorgt rasch, billig u. diskret Ing. Jv. Bander, Schnaitheim (Wrtbg.), Schupferstr. 5.

Vergrößerungen Porträts in Oel u. Photographie. Rohbilder mit Anleitg. z. Selbstauszeichnen u. Uebermal. u. Vermittl., Provision. Porträtmaler W. Sommer, Mannheim S 2, 8.

Malerschule Buxtehude gegr. 1877. Kriegsbeschädigten-Kurse. Größte Schule für Dekorationsmaler! Goldene Medaillen u. Ehrenpreise. Prospekt durch die Direktion.

Malerschule Zweibrücken Spezialabteilung für Holz- und Marmormalerei Schriften — Glasvergolden von Heinrich Gentes Eintr. z. jed. Zeit. Prosp. gratis.

Pinsel u. Streichbürsten jeder Art für Industrie u. Handwerk liefert seit Jahren am vorteilhaftesten **H. W. Witte,** Berlin, Hufelandstr. 46. Tel.: Alx. 332.

Türschoner aus Celluloid kauft man bei Eduard Isemann Bruchsal i. Baden. — Telephon 70.

Lesen Sie das Handbuch **„Neue ölfreie Grundiertechnik",** von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis 4,80 Mk. postfrei.
Aus dem reichen Inhalt dieses einzigartigen Buches mögen folgende Abschnitte besonders erwähnt sein: Einführung in die Neue Grundiertechnik — Ueber das Schleifen — Vorbehandlung des Holzes — Aufrauhen — Aufquellen — Vom Grundieren — Heißölen und seine Nachteile — Grundanstriche auf Holz und Putz — Vom Materialverbrauch und der Kostenberechnung — Das Porenfüllen — Oel und Lackanstriche — Deckkraft — Wasserfeste Anstriche — Lasierte Lackflächen — Das Kronen-Grundverfahren — Naturlackierungen auf Holz — Holzmaserungen — Glanzlackierungen — Blanke Lackflächen durch einmalige Lackierung — Mattlackierungen — Wasserfeste Mattierung — Geölte Hölzer, Fußböden und dergl. — Ueber Nahrung des Grundes — Wasserdichte Lackflächen — Die wasserdichtesten Weißlackierungen — Weißlackierungen auf rotem Untergrund — Seidenglanzlackierungen — Rostschutz-Anstriche — Isolierung alten Rostes — Salzsäurehaltiger Grund — Dichtende Zwischenschichten — Behandlung alter Anstriche — Klebende Anstriche und ihre Härtung — Klebende Fenster und Türfalze, ihre Verhütung und Beseitigung — Isolierung von Anilinfarben — Isolieranstriche auf Teer, Karbolineum, verräucherten und verrußten Decken, Rost-, Fett- und Schmutzflecken, Wasserrändern — Isolierung von Mattlacken — Weißlackierungen auf Wachsmattlacken ohne Abbeizen — Wiederherstellung rissiger Anstriche ohne Abbeizen — Mißerfolge — Anleitungen und Vorschriften bei Vergebung und Ausführung von Anstreicharbeiten aller Art.
Zu beziehen durch das „Forschungs- und Lehrinstitut für ölfreie Grundiertechnik", Stuttgart 36, Paulinenstr. 5, oder jede Buchhandlung.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplakatmalereien sowie auch zur Herstellung von Plakatmalereien aller Art zusenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplakatmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmes sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 6 verschiedenen Höhen von 1½ bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kristallschild im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einsendung von 18 M. Frankozusendung. Albin Hutmacher, Maler, Hilden (im Rhld.)

Nr. 43 des „Correspondenzblatt" liegt heute bei.

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Verlag: J. Heirich. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.